

## Wahlprüfstein Naturfreundejugend:

### 1. Kinder und Jugendinteressen und Recht sowie Mitbestimmung

„Kinderlärm ist Zukunftsmusik“. Das ist ein alter FDP-Slogan, mit dem wir zum Ausdruck bringen wollen, dass Kinder und Jugendliche die Zukunft unserer Gesellschaft sind. Das heißt, natürlich muss auch in angemessenem Rahmen das Geld für gute und nachhaltige Bildung, aber auch für eine erfolgreiche Jugendarbeit in die Haushalte eingeordnet werden. Ziel liberaler Politik ist es zudem, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die einheimischen, Thüringer Unternehmen sich im Wettbewerb behaupten und damit ihre Mitarbeiter auskömmlich entlohnen können. Der Satz „Leistung muss sich lohnen“ hat für uns nichts an Aktualität verloren. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, Unternehmen wie Bürger von unnötiger Bürokratie zu entlasten, für gute Standortbedingungen der einheimischen Wirtschaft zu sorgen und dafür Sorge zu tragen, dass endlich besser auf fairere Chancen für Thüringer Unternehmen geachtet wird. Das ist die beste Voraussetzung dafür, dass Thüringer Unternehmen auch gute Löhne und Gehälter zahlen können und auch müssen, wenn sie gute Mitarbeiter gewinnen wollen. Dann können Eltern die erforderlichen Kosten aufbringen, ohne Bittsteller sein zu müssen. Eine starke Wirtschaftskraft ist zugleich die Grundlage für stabile Steuereinnahmen wiederum als Grundlage für eine gut ausgestattete Jugendarbeit.

### 2. Arbeit gegen Rechts

Die AfD schöpft ihr Potenzial vor allem aus Protestwählern. Fatal und verwerflich ist vor allem, dass sie unter anderem gezielt auf rechtspopulistische Sprüche setzt. Dabei kaschiert sie, dass sie in sich zerstritten ist und in weiten Teilen Thüringens über keine wirkliche Basis verfügt. Ausdruck dessen ist, dass sie nahezu flächendeckend noch nicht einmal Listen zu den Kreistagswahlen und den Stadtratswahlen in den kreisfreien Städten zustande gebracht hat. Das zeigt, dass es sich in Wirklichkeit um ein Potemkinsches Dorf, eine hohle Fassade ohne tatsächliche Basis dahinter handelt, die sich vor allem auf eine schrille, kreditfinanzierte Plakatierung, ihren Internetauftritt und eine relativ aktive Einflussnahme auf soziale Netzwerke stützt. Aus Sicht der FDP ist es geboten, sich mit der AfD inhaltlich auseinanderzusetzen und dabei aufzuzeigen, dass die Losungen der AfD sehr oft nicht untersetzt sind, dass sie zudem mit (rechts-)populistischen Themen auf Stimmenfang geht, die oft mit der jeweiligen Wahl gar nichts zu tun haben (bspw. ist Einwanderungsrecht Bundesrecht und von den Ländern allenfalls durch Bundesratsinitiativen zu beeinflussen) und aufzuzeigen, dass entgegen landläufigen Behauptungen die AfD alles andere als eine liberale Partei ist. Vielmehr setzt die AfD auf ein veraltetes, extrem konservatives Menschenbild, das zumindest mehrheitlich mit einer freien, weltoffenen und toleranten Geisteshaltung nichts zu tun hat. Wir sind gewillt, die Auseinandersetzung ruhig, sachlich und mit Nachdruck zu führen.

Wir hielten jedoch für fatal, wenn sich der Einsatz „gegen rechts“ an der AfD erschöpfen würde. Die Morde des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds, das Agieren der so genannten Freien Kameradschaften und der NPD zeigen, dass wir uns neben dem entschiedenen Handeln des Rechtsstaats vor allem mit einer dumpfen, bedrohlichen Geisteshaltung auseinandersetzen müssen, die nie wieder ins unserem Land Einfluss gewinnen darf.

### 3. Kinder- und Jugendbeteiligung

Die FDP ist der Auffassung, dass 16-Jährige Wahlentscheidungen treffen können. Die FDP hat sich im Landtag dafür eingesetzt, dass eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sowohl auf Kommunal- als auch auf Landesebene erfolgen kann. Wissenschaftliche Studien belegen, dass Jugendliche durch veränderte Bedingungen des Aufwachsens heute früher selbständig sind und eigenständige Entscheidungen treffen können als noch vor einigen Jahren. Es ist dafür aber wichtig, schulische und außerschulische politische Bildung der Jugendlichen, sowie die direkten und indirekten Beteiligungsmöglichkeiten weiter auszubauen und zu verbessern. Eine starke Demokratie zeichnet sich aber nicht allein durch das Wahlalter aus. Kommunale jugendgerechte Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen weiter ausgebaut und verbessert werden, um Kinder- und Jugendausschüsse bzw. Jugendparlamente noch stärker auf der örtlichen Ebene zu integrieren und Demokratie erlebbar zu machen. Beispielsweise hat sich die FDP-Fraktion in dieser Legislaturperiode als einzige Fraktion für eine Kinder- und Jugendkommission im Thüringer Landtag eingesetzt.

### 4. Nachhaltigkeit

Ja. Nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen liegt allerdings die Verantwortung für die Schulverpflegung – und damit etwa auch für die regelmäßige Versorgung der Schüler mit Mittagessen – beim Schulträger. Gemäß § 38 Abs. 5 Nr. 6 des Thüringer Schulgesetzes entscheidet die Schulkonferenz, also die Vertreter der Schüler, Eltern, Erzieher und Lehrer einer Schule, über die Pausenverpflegung. Sie ist dabei gesetzlich gefordert, die Grundsätze einer gesunden Ernährung zu berücksichtigen. Die FDP wird die Träger und die Schulkonferenzen durch Fortführung der Förderung für die "Vernetzungsstelle Schulverpflegung Thüringen" weiterhin unterstützen. Außerdem setzen wir uns für eine Fortführung der Projekte zur gesunden Ernährung von Schulkindern durch die Verbraucherzentrale Thüringens e.V. und die DEG, sowie des EU-Schulobstprogramms ein. Wir werben für gesunde Ernährung und vor allem dafür, entsprechendes Wissen frühzeitig an Kinder und Jugendliche zu vermitteln. Dabei unterscheiden wir uns jedoch von politischen Wettbewerbern, dass wir auf Freiwilligkeit aus eigener Einsicht setzen wollen und nicht auf Bevormundung. Entsprechende Beispiele, wie von Ihnen beschrieben, können dabei eine gute Anregung bieten.

### 5. Internationales

Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht unseres Grundgesetzes (Artikel 16 a GG) und ist auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Menschenrechtskonvention oder der Grundrechtecharta der Europäischen Union verankert. Die Genfer Flüchtlingskonvention regelt die Behandlung von Flüchtlingen ausführlicher und gilt in vollem Umfang auch in Deutschland.

Für die FDP-Fraktion ist mit Blick auf die historische Verantwortung der Deutschen ein Grund, das fundamentale Recht auf Asyl sehr ernst zu nehmen. Verfolgte müssen in Deutschland zu jeder Zeit Schutz finden!

Aus dem Sozialstaatsprinzip ergibt sich auch für Asylsuchende das Recht auf eine menschenwürdige Unterkunft und Versorgung, sofern sie sich nicht selbst versorgen können. Wir akzeptieren nicht, dass Menschen, die unsere Hilfe suchen und brauchen, schlechte, manchmal sogar unerträgliche Lebensbedingungen vorfinden, die in Einzelfällen auch dazu führen, dass sie krank werden. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften muss anständigen Sozialstandards entsprechen und darf durch ihre Lage nicht Isolation und Ausgrenzung fördern. Wenn eine Unterbringung aus welchen Gründen auch immer in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt, ist dafür Sorge zu tragen, dass durch Beratungsleistungen und frühzeitig angebotene Sprachkurse einer schnellen Integration der betroffenen Menschen Vorschub geleistet wird. Sobald die notwendigen Beratungsleistungen sichergestellt sind, bevorzugen wir nach Möglichkeit eine dezentrale Unterbringung. Es kann in einem Land wie Thüringen, das sich mit wenigen Ausnahmen wie Jena und Weimar in starkem Maße durch Wohnungsleerstand auszeichnet, nicht sinnvoll sein, langfristig Menschen in hoch subventionierten, abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften vom Wohnungsmarkt fern zu halten. Eine dezentrale Unterbringung inmitten der „normalen“ Wohnungslandschaft ist aus unserer Sicht hilfreich, Integration zu fördern und das Entstehen von Parallelgesellschaften zu vermeiden.

Im Vordergrund steht für die FDP, dass wir in Zukunft den betroffenen Menschen stärker die Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen müssen.

## 6. Freiwilligendienst

Dass Thüringen mit ca. 16 Mrd. € Schulden sparen und Schulden abbauen muss, steht für die FDP außer Frage. Wir sind dafür eingetreten, dass wir als Land nur das ausgeben können, was wir auch tatsächlich einnehmen. Das heißt für die FDP, an den richtigen Stellen zu sparen aber auch an den richtigen Stellen zu investieren. Unbedachte Einsparungen zu Lasten des Ehrenamtes werden früher oder später erhebliche Mehrkosten mit sich bringen. Der Haushalt in Thüringen beinhaltet viele kleine, aber auch große Einsparmöglichkeiten. Die FDP hat in der 5. Legislaturperiode über 2.500 konkrete Einsparvorschläge bei den Haushaltsverhandlungen eingebracht, ohne dabei das Ehrenamt zu belasten, da für die FDP das Ehrenamt eine wichtige Tragsäule für unser freies und friedliches gemeinschaftlichen Zusammenleben ist.